AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR
Schriften des Zentralinstituts für Geschichte
Band 68

Ernst Laboor

Kalter Krieg oder Entspannung?

Die Außenpolitik der Sowjetunion im Kampf um die kollektive Sicherung des Friedens in Europa 1954/55

Akademie-Verlag · Berlin 1983

Dieser Titel wurde vom Originalmanuskript des Autors reproduziert

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3—4
Lektor: Bernd Feldmann
© Akademie-Verlag Berlin 1983
Lizenznummer: 202 · 100/92/83
Offsetdruck und buchbinderische Weiterverarbeitung: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz
Einbandgestaltung: Karl Salzbrunn
Bestellnummer: 753 656 6 (2083/68) · LSV 0235
Printed in the GDR
DDR 29,— M

Inhalt

Einleitung 7

1. Kapitel

Die Berliner Außenministerkonferenz 1954 - Beginn einer qualitativ neuen Phase des Kampfes der Sowjetunion um europäische Sicherheit 15

- Europa in den Zukunftsvorstellungen des Sozialimus und des Imperialismus 15
- Die deutsche Frage auf der Berliner Außenministerkonferenz 21
- Die Grundsätze eines gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit 26
- Die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag 36
- Zur Bedeutung der Berliner Außenministerkonferenz für den weiteren Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa 41

2. Kapitel

Die Sowjetunion im Kampf um die Sicherung des Sozialismus und des Friedens in Europa, gegen die "EVG" und die Pariser Verträge, gegen die erneute Zunahme der Spannungen (März 1954 - Mitte 1955) 47

- Zwei entgegengesetzte Schlußfolgerungen aus der Berliner Außenministerkonferenz - zwei Konzeptionen der europäischen Politik 47
- Die Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954 über die Beziehungen der UdSSR zur Deutschen Demokratischen Republik 57
- Der Vorschlag des Beitritts der Sowjetunion zur NATO - ein neues Element im Kampf für die europäische Sicherheit 61
- Für die Schaffung eines materiellen Fundaments der friedlichen Koexistenz 66
- Das sowjetische Programm der gesamteuropäischen ökonomischen Zusammenarbeit, bürgerliche Gegner der Embargopolitik und erste Breschen im Embargo 72

- Das sowjetische Programm der europäischen Sicherheit und die Massenbewegung gegen die "EVG" 76
- Das Scheitern der "EVG" 83
- Neue sowjetische Friedensinitiativen 89
- Die Pariser Verträge 92
- Die Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit 101
- Erneute sowjetische Initiativen zur Verhinderung der Remilitarisierung der BRD und die Auseinandersetzungen in den kapitalistischen Ländern 107
- Rechte sozialdemokratische Führer - Helfershelfer der aggressivsten imperialistischen Kräfte bei der Ratifizierung der Pariser Verträge 115
- Der Platz der Pariser Verträge im imperialistischen "roll back"-Konzept 117
- Die Rolle der Pariser Verträge in der Nachkriegsgeschichte 120
- Die Schlußfolgerungen der Sowjetunion aus den Pariser Verträgen 128
- Der Warschauer Vertrag 135
- Der österreichische Staatsvertrag 143
- Die Sowjetunion für gutnachbarliche Beziehungen mit den nordeuropäischen Staaten 155
- Die Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen 156
- Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD 159
- Der Staatsvertrag vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR 163

3. Kapitel

Die Genfer Konferenzen der Regierungschefs und der Außenminister 1955 167
- Der Kampf der Sowjetunion für eine neue Viermächtekonferenz 167
- Die Konzeption der Westmächte für die Verhandlungen mit der UdSSR 177
- Die Sowjetunion über die Aufgaben der Genfer Viermächtekonferenzen 183
- Die Eröffnung der Gipfelkonferenz und der Kampf um die Tagesordnung 186
- Die Verhandlungen über Deutschland 187
- Die Verhandlungen über die europäische Sicherheit. Die Weiterentwicklung der Konzeption der kollektiven Sicherheit durch die Sowjetunion 191
- Der Kampf um die Direktive an die Außenminister 199
- Das Problem der Abrüstung auf der Gipfelkonferenz 201
- Die Sowjetunion für entwickelten Handel, für Kontakte und kulturelle Verbindungen im Dienste des Friedens 208

- Die Ergebnisse der Gipfelkonferenz 209
- Die Sowjetunion nach der Gipfelkonferenz 211
- Die imperialistischen Regierungen nach der Gipfelkonferenz 214
- Das Problem der kollektiven Sicherheit auf der Genfer Außenministerkonferenz 224
- Die deutsche Frage auf der Außenministerkonferenz 231
- Der Kampf der Sowjetunion um erste Schritte auf dem Wege zur europäischen Sicherheit 234
- Die Abrüstungsverhandlungen der Außenminister 241
- Die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen 243

Schlußbemerkungen 251

Anmerkungen 264

Quellen und Literatur 295

Einleitung

An der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren ist ein heftiger Kampf um die Frage entbrannt, ob die in den siebziger Jahren in Europa errungene Entspannung fortgesetzt werden kann oder ob es den aggressivsten und reaktionärsten Kräften des Imperialismus gelingt, Europa und die Welt in eine neue Phase der Konfrontation zu stürzen. Sichtbaren Ausdruck fand die Entspannung in den sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen und zur Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges sowie in dem von 1970 bis 1973 abgeschlossenen europäischen Vertragswerk, in dem die imperialistischen Staaten die Realitäten anerkannten, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden waren, sowie in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975.
In den Kämpfen unserer Zeit ringen die sozialistischen Staaten und alle progressiven und friedliebenden Kräfte um die Minderung der Gefahr eines Atomkrieges, die Gewährleistung der Sicherheit und die Erhaltung und Fortsetzung des Entspannungsprozesses. Die mit dem militärisch-industriellen Komplex der imperialistischen Hauptmächte verbundenen aggressivsten und reaktionärsten Kräfte tun hingegen alles, um die internationale Situation zu verschärfen und die bisherigen Ergebnisse der Entspannungspolitik einschließlich des europäischen Vertragswerkes und der Schlußakte von Helsinki zu zerstören.
Es gehört daher zu den Aufgaben des marxistisch-leninistischen Historikers, die geschichtlichen Wurzeln und die Triebkräfte dieser bedeutsamen Erscheinung der Gegenwart aufzudecken. Das Wissen um die Kräfte, die die Entspannung durchgesetzt haben, die Kenntnis des Weges nach Helsinki und die Darstellung jener Kräfte, die ihn verbauen wollten, hilft, Gegenwartsfragen des Kampfes um die Sicherung des Friedens und die Minderung der Kriegsgefahr zu lösen. Tieferes Wissen um die Erfolge des Weges nach Helsinki, die Probleme und Auseinandersetzungen, die auf ihm ausgefochten werden mußten, schärft den Blick

für die noch ungelösten Aufgaben des nächsten Kampfabschnitts. In ihm muß die auf die Veränderung des sozialökonomischen und militärisch-strategischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Imperialismus gerichtete Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der USA und NATO durchkreuzt, eine Wende zur militärischen Entspannung und Abrüstung herbeigeführt und damit dem Ziel der endgültig und dauerhaft gesicherten friedlichen Koexistenz auf unserem Kontinent nähergerückt werden.
Die sozialistische Außenpolitik läßt sich stets von dem Leninschen Grundsatz leiten, an alle Fragen "vom Standpunkt der besten Bedingungen für die Entwicklung und Stärkung der sozialistischen Revolution"[1] heranzugehen. Ihm entnimmt sie den Klassenauftrag, der das Wesen des Sozialismus und seine Ziele zum Ausdruck bringt und der für die Außenpolitik der sozialistischen Staaten bedeutet, die günstigsten äußeren Bedingungen für die Errichtung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft schaffen zu helfen.[2] Neben den ständigen Bemühungen um das allseitige Erstarken des Sozialismus - in unserer Zeit vor allem um die Festigung und Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft[3] - ist das Ringen um die Gewährleistung des Friedens, um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung die wichtigste Richtung zur Lösung dieser Aufgabe. Das Ziel der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten ist es, die friedliche Koexistenz im Weltmaßstab durchzusetzen und den Krieg aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Unser Kontinent hat in dieser weltweit auf die Sicherung friedlicher Existenzbedingungen des Sozialismus orientierten sozialistischen Außenpolitik stets einen besonderen Platz eingenommen.[4] Europa kam und kommt für die Gestaltung der außenpolitischen Situation des Sozialismus die Hauptbedeutung zu. In Europa hat zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die sozialistische Revolution gesiegt und die sozialistische Gesellschaft im ersten sozialistischen Staat Gestalt angenommen. Seit dem zweiten Weltkrieg beschreiten die Völker weiterer acht Länder die Bahnen des Sozialismus. In Europa waren zuerst die objektiven und die subjektiven Bedingungen für die sozialistische Erneuerung der Gesellschaft entstanden, und hier hat der Sozialismus bisher seine bedeutendsten Kräfte entwickelt. Von Europa aus hat jedoch auch der Weltimperialismus seine Hauptschläge gegen die Sowjetunion geführt, und hier konzentrierte er nach dem zweiten Weltkrieg sein größtes Potential für einen neuen Schlag gegen den Sozialismus. Auf unserem Kontinent führte die Politik der NATO zur gefahrenträchtigsten militärischen Konfrontation der Weltgeschichte. Von der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten Europas hing wesentlich ab, ob sich der Sozialismus nach dem zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen gesicherten Friedens ent-

wickeln konnte oder ob er erneut einer imperialistischen Aggression ausgesetzt sein würde. Von den Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten in Europa hing und hängt in hohem Maße ab, ob die Menschheit einem dritten Weltkrieg, der ein Raketen-Kernwaffenkrieg würde, ausgesetzt wird. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus ließe sich nicht in Europa und nicht auf Europa lokalisieren.

Nach dem zweiten Weltkrieg beschwor der Imperialismus in Europa einerseits die schwersten Gefahren für den Weltfrieden herauf, andererseits entstanden hier infolge des unablässigen Erstarkens des Sozialismus und aller für den Frieden wirkenden Kräfte zuerst die Möglichkeiten für eine dauerhafte Durchsetzung der friedlichen Koexistenz sozialistischer und kapitalistischer Staaten.

Welche Rolle friedliche Regelungen in Europa für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz im Weltmaßstab spielen könnten, mag die Tatsache erhellen, daß die europäischen Staaten fast die Hälfte des Welt-Nationaleinkommens produzieren und ca. 55 % der Welt-Industrieproduktion auf sich vereinen. Über die Hälfte der europäischen Industrieproduktion und des Nationaleinkommens wiederum entfällt auf die sozialistischen Länder.[5] Berücksichtigt man, daß in den europäischen Entspannungsprozeß auch die USA und Kanada einbezogen sind und daß die auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vertretenen Staaten 3/4 der gesamten Weltproduktion und 85 % der Ausgaben aller Staaten der Welt für militärische Zwecke repräsentierten, so wird die internationale Bedeutung der kollektiven Sicherheit in Europa noch deutlicher.[6]

Die KPdSU und der Sowjetstaat haben deshalb dem Kampf für die Verhinderung eines Krieges und der Sicherung des Friedens in Europa stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die auf Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gerichteten Anstrengungen waren immer eine der wichtigsten Linien der sowjetischen Außenpolitik.

In der Geschichte des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus um die Entscheidung der Frage, ob die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftsordnungen mit militärischen oder mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden soll, nehmen die Ereignisse Mitte der fünfziger Jahre einen besonderen Platz ein. In Nachkriegseuropa war ein Kräfteverhältnis entstanden, das dem Imperialismus nicht mehr gestattete, seine auf die Vernichtung des Sozialismus gerichteten Maximalziele zu erreichen. Die Kräfte des Sozialismus und des Friedens waren so weit erstarkt, daß sie den Imperialismus hindern konnten, seine antisozialistischen Ziele mit den Mitteln des Krieges oder seiner Androhung durchzusetzen. Die Kräfte des Sozialismus und des Friedens

reichten noch nicht, den Imperialismus zu veranlassen, die Probleme Europas, die der zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens mit friedlichen Übereinkünften zu lösen. Über längere Fristen bildete sich seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein annäherndes Gleichgewicht der Kräfte im Weltmaßstab und in Europa insbesondere im militärischen Bereich heraus, mit der Perspektive, über einen langen Zeitraum zu existieren. Damit waren solche Bedingungen herangereift, die bewirkten, daß Entscheidungen, die am Beginn dieses Prozesses getroffen wurden, die Geschicke unseres Kontinents langfristig beeinflussen mußten.

Obwohl es dem Imperialismus nicht gelang, den Sozialismus in den volksdemokratischen Staaten oder gar in der Sowjetunion auszulöschen, hat er doch Tatbestände geschaffen, die das Leben der europäischen Völker bis in die Gegenwart in hohem Maße belasten. Dazu gehören die Schaffung des NATO-Militärblocks und die endgültige Ausprägung des NATO-Systems mit der Eingliederung der remilitarisierten BRD, die unmittelbare militärische Konfrontation der NATO mit den sozialistischen Staaten, die endgültige Spaltung Deutschlands und die Spaltung Europas in Militärblöcke. Im Zentrum Europas, in der BRD, entstand ein Herd, von dem lange Zeit unmittelbare Kriegsgefahr ausging. Die BRD wurde zur strategischen Hauptbasis der NATO in Europa.

Aber auch der Sozialismus hat Tatbestände geschaffen. Sie wirken bis in die Gegenwart zum Wohle der Völker der sozialistischen Staaten und aller Völker unseres Kontinents. In der Sowjetunion entfaltete sich die sozialistische Gesellschaftsordnung weiter, und in den volksdemokratischen Staaten wurde erfolgreich an den Grundlagen des Sozialismus gebaut. Der Sozialismus schuf Mitte der fünfziger Jahre mit dem Zusammenschluß der damals zur sozialistischen Staatengemeinschaft gehörenden europäischen Staaten im Warschauer Vertrag die Kraft, die allen sozialistischen Staaten Europas die Möglichkeit gab, den Aufbau des Sozialismus in Frieden fortzuführen. Das war zugleich die Kraft, die den Völkern Europas friedliche Existenzbedingungen gewährleistete, unseren Kontinent aus allen von den imperialistischen Staaten hervorgerufenen Situationen akuter Kriegsgefahr herausführte und ihm die längste Friedensperiode der neueren Geschichte ermöglichte.

In jenen Jahren leistete die Sowjetunion mit der Weiterentwicklung der Politik der kollektiven Sicherheit einen entscheidenden Beitrag zur Gewährleistung des Friedens. Entstanden war sie im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren.

Mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland und der Entstehung eines neuen Kriegsherdes in Europa, der die Gefahr eines imperialistischen Klassenkrieges gegen die Sowjetunion und eines neuen Weltkrieges

in sich barg, entstand akute Gefahr für die Existenz des ersten sozialistischen Staates und für das friedliche Leben der Völker. Diese Lage drängte zu einer Weiterentwicklung der Politik der friedlichen Koexistenz in Theorie und Praxis. In dieser Situation leistete das Führungskollektiv der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sowjetstaates einen Beitrag zur weiteren Ausarbeitung der Politik der friedlichen Koexistenz, der nicht hoch genug geschätzt werden kann und der den Kampf um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bis in die Gegenwart bestimmend beeinflußt. Im Dezember 1933 beschloß das ZK der KPdSU ein Programm, das vorsah, die friedliche Koexistenz in der Form der kollektiven Sicherheit, der gemeinsamen Sicherung des Friedens durch alle oder die Mehrzahl der europäischen Staaten zu verwirklichen.[7] Diese Idee hat bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine vierzigjährige Entwicklung entsprechend den objektiven Bedingungen des Kampfes um den Frieden durchgemacht. Unter den Voraussetzungen des internationalen Kräfteverhältnisses der Vorkriegszeit, als die aus dem Imperialismus hervorwachsenden Kriege noch nicht generell vermeidbar waren, war sie auf die Verhinderung eines heranreifenden konkreten Krieges in Europa gerichtet.[8] In Gestalt der UN-Charta existierten nun bereits seit einem Jahrzehnt allgemeinverbindliche Grundsätze des demokratischen Völkerrechts. Die generelle Verhinderung eines Krieges - besonders eines weltweiten - wurde mehr und mehr zu einem realistischen Ziel. Diese langfristig wirkenden Bedingungen, die die Nachkriegszeit von den dreißiger Jahren grundlegend unterscheiden, haben den Inhalt der von der Sowjetunion erarbeiteten Prinzipien der kollektiven Sicherheit nachhaltig geprägt. Die sowjetischen Vorschläge über die kollektive Sicherheit aus den Jahren 1954/1955 haben den objektiven Bedingungen entsprochen, die den Kampf um Frieden und Sicherheit in Europa für einen langen Zeitraum bestimmen. Ihre Grundelemente finden sich deshalb auch in dem detailliert ausgearbeiteten System voneinander abhängiger Grundsätze der Beziehungen zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung in Europa in der Schlußakte von Helsinki wieder. Das Verstehen der historischen Vorgänge in der Mitte der fünfziger Jahre ist in vieler Hinsicht der Schlüssel zum Verständnis des jahrzehntelangen Kampfes um Frieden und Sicherheit in Europa und seiner bisherigen Resultate. Darin findet die Wahl des verhältnismäßig kurzen Zeitraums der Jahre 1954/1955 für eine detaillierte Untersuchung ihre Begründung. Die Arbeit will von den Vorgängen dieser Jahre aus den Blick auf eine ganze Etappe des Kampfes um kollektive Sicherheit in Europa lenken. In diesem Kampfabschnitt besteht, wie L.I. Breznev auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien

1969 in Moskau hervorhob, die Aufgabe der "Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in den Teilen der Erde, in denen sich die Gefahr der Entfesselung eines neuen Weltkrieges, der Entfesselung bewaffneter Konflikte zusammenballt. Ein solches System wäre der beste Ersatz für die bestehenden militärisch-politischen Gruppierungen."[9] Dabei hatte L.I. Breznev vor allem Europa und dann auch Asien im Auge.

Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der Sowjetunion hat im Rahmen der Gesamtdarstellung der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik den Fragen des Kampfes um Frieden und Sicherheit in Europa und darunter den Ereignissen Mitte der fünfziger Jahre stets die entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt.[10] Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und im Zusammenhang mit dem Kampf um die Verwirklichung ihrer Schlußakte hat sich die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der Sowjetunion und der DDR verstärkt den Problemen der Geschichte des Kampfes um Frieden und Sicherheit in Europa zugewandt. Dabei haben auch die historischen Wurzeln der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Mitte der fünfziger Jahre die entsprechende Beachtung gefunden.[11]

Eine detaillierte Untersuchung der Bemühungen der Außenpolitik der Sowjetunion um die kollektive Gewährleistung des Friedens in Europa 1954/1955 indessen steht noch aus. Zu ihr soll die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten.

Sie will vor allem die von der Sowjetunion 1954/1955 wiederbelebte und weiterentwickelte Idee der kollektiven Sicherheit in ihren einzelnen Bestandteilen und Zügen und den Kampf um ihre Durchsetzung untersuchen und von der Warte der Ergebnisse von Helsinki aus einschätzen. Das heißt zugleich, das historisch Bleibende der sowjetischen Vorschläge aus der Mitte der fünfziger Jahre zu erschließen. Die Arbeit will damit das Verdienst der Sowjetunion konkret-historisch nachweisen, rechtzeitig der aggressiven Politik des Imperialismus in Europa entgegengetreten zu sein und eine realistische Alternative zur Politik der Kriegsblöcke und der Kriegsvorbereitung entwickelt zu haben. Sie versteht sich als ein Beitrag des konkret-historischen Nachweises der Kontinuität der sowjetischen Außenpolitik, die weltweit auf die Sicherung des Friedens, auf die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gerichtet ist.

Die Arbeit will zugleich einen Beitrag zu dem Nachweis leisten, daß die Volksmassen schon in den fünfziger Jahren begonnen haben, sich die Idee der kollektiven Sicherheit zu eigen zu machen. Sie will da-

mit ein weiteres Element sichtbar machen - den Kampf der Volksmassen an der Seite der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft -, der im Zusammenhang mit allen anderen Elementen der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses schließlich zu einer solchen politischen Atmosphäre in Europa beigetragen hat, in der sich die Regierungen der kapitalistischen Staaten Vereinbarungen im Sinne der friedlichen Koexistenz für Europa nicht mehr entziehen konnten.
Die Arbeit stellt sich auch die Aufgabe, der Wirkung der sowjetischen Politik der kollektiven Sicherheit auf bürgerliche Politiker nachzugehen, die Mitte der fünfziger Jahre jene zweite Linie bürgerlicher Politik gegenüber der Sowjetunion repräsentierten, die weniger aggressiv war und zu bestimmten Übereinkünften neigte. Das heißt zugleich, Wurzeln aufdecken helfen für die Entwicklung dieser Linie bürgerlicher Politik, die unter dem Einfluß der sowjetischen Außenpolitik in den siebziger Jahren endlich zum Eingehen auf die Politik der friedlichen Koexistenz geführt hat.
Schließlich ist es Aufgabe dieser Arbeit, die Gegenkräfte zu zeigen. Sie will die Handlungen jener Kräfte in der Mitte der fünfziger Jahre und ihre Motive aufdecken helfen, die Europa und der Welt Jahre des kalten Krieges aufgezwungen haben und deren Fortsetzer auch in der Gegenwart aktiv gegen den Entspannungsprozeß operieren. Diese Seite der Arbeit soll einen Beitrag zu dem Nachweis liefern, daß die Entspannung in Europa kein Geschenk des Himmels, auch kein Geschenk einsichtsvoll gewordener bürgerlicher Politiker, sondern das Ergebnis des internationalen Klassenkampfes, des Kampfes der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft und aller am Frieden interessierter Kräfte gegen den Imperialismus auf der Grundlage der sich objektiv vollziehenden Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses ist.
Teile der Forschungen, die dieser Arbeit zugrundeliegen und vor allem die Ereignisse im Zusammenhang mit der Berliner Außenministerkonferenz 1954 betreffen, sind der wissenschaftlichen Öffentlichkeit bereits zugänglich gemacht worden.[12] Sie sind in zusammengefaßter Form auch Bestandteil des ersten Kapitels der vorliegenden Arbeit.

1. Kapitel

Die Berliner Außenministerkonferenz 1954 Beginn einer qualitativ neuen Phase des Kampfes der Sowjetunion um europäische Sicherheit

Europa in den Zukunftsvorstellungen des Sozialismus und des Imperialismus

Die Mitte der fünfziger Jahre markiert eine bedeutende Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Europas. Die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis während des ersten Nachkriegsjahrzehnts hatten Ergebnisse hervorgebracht, die eine qualitativ neue Lage schufen. In einem angespannten Ringen und unter Abwehr erbitterter Gegenangriffe des Imperialismus war der Sozialismus besonders in Europa erheblich erstarkt. Das Sowjetvolk hatte unter Aufbietung aller seiner Kräfte und unter bewußter Zurückstellung vieler persönlicher Bedürfnisse allen Prognosen bürgerlicher Ökonomen und Politiker und allen Berechnungen imperialistischer Strategen zum Trotz die ökonomischen Kriegsfolgen überwunden. Es schickte sich an, das historische Werk des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft zu vollenden. Mit der Brechung des Atombombenmonopols hatte es den USA ein gefährliches Mittel der militärischen Erpressung aus der Hand geschlagen.[1] Diese erfolgreiche Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf einem entscheidenden Gebiet des Militärwesens war von großer Bedeutung nicht nur für das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA, sondern für das internationale Kräfteverhältnis überhaupt.
In den anderen europäischen sozialistischen Staaten festigten sich die noch junge sozialistische Staatsmacht und die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zusehends. Die Grundlagen des Sozialismus wurden gelegt.
Die siegreiche Arbeiterklasse dieser sozialistischen Länder und ihre Staatsmacht hatten ein unzerstörbares internationales Bündnis mit der Arbeiterklasse des ersten sozialistischen Landes und ihrem Sowjetstaat geschmiedet, das seinen völkerrechtlichen Ausdruck in den zweiseitigen Freundschafts- und Beistandsverträgen fand. Dieser internationale Bund hat sich als eine bedeutende Kraft der Entwicklung des Sozialismus und seiner Verteidigung gegen den Weltimperialismus und gegen die innere Reaktion erwiesen.
Der Sozialismus begann, als Gesellschaftsordnung über die Grenzen eines Staates hinauszutreten und zu einem Weltsystem zu werden. Es

reiften die Bedingungen für das internationale multilaterale Bündnis der sozialistischen Staaten zur allseitigen Festigung des Weltsozialismus, zur Abwehr der Anschläge des Imperialismus und zur Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik heran, das dann im Warschauer Vertrag Gestalt angenommen hat. Es vereinte gleichberechtigte Staaten auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Macht der Arbeiterklasse und der gleichen sozialistischen Gesellschaftsordnung, der gemeinsamen Interessen am Aufbau des Sozialismus und später des Kommunismus, an der Sicherung friedlicher äußerer Bedingungen für dieses historische Werk, auf der Grundlage der gemeinsamen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Dieses Bündnis war eine vollkommen neue Erscheinung in der Geschichte, die gegen Ende der ersten Hälfte der fünfziger Jahre dem Sozialismus ein qualitativ neues Gewicht im internationalen Kräfteverhältnis verlieh.
Die nationale Befreiungsbewegung der kolonial unterdrückten Völker, die das imperialistische Kolonialsystem in Asien bereits weitgehend zerbrochen hatte, versetzte dem Imperialismus in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem im arabischen Raum neue Schläge. Die bis dahin selbständig gewordenen Staaten Asiens und des arabischen Ostens begannen, sich zu einer aktiven antiimperialistischen und Friedenskraft zu organisieren (Bandung-Konferenz), die für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eintrat. Sie stellten sich in der Frage Krieg oder Frieden an die Seite des Weltsozialismus. Auch das war eine in der Geschichte völlig neuartige Erscheinung, die sich im internationalen Kräfteverhältnis zuungunsten der Kräfte des Imperialismus und des Krieges auswirkte.
Die revolutionäre Arbeiterbewegung, die demokratische und Weltfriedensbewegung, die in den kapitalistischen Ländern noch immer unter den Bedingungen antikommunistischer Hysterie kämpfen mußten, hatten ihre Position nach den imperialistischen Attacken der vierziger Jahre stabilisiert und organisierten die Millionenbewegung der Friedensanhänger. In der BRD zeichnete sich wachsender Einfluß der KPD auf die Bewegung der friedliebenden Massen ab. Daraufhin strengten die Regierenden den Verbotsprozeß gegen die Partei der Kommunisten an. Die mächtig anwachsende antiimperialistische und Antikriegsbewegung in den kapitalistischen Ländern gehört ebenfalls zu den neuen Gegebenheiten des internationalen Kräfteverhältnisses.
Diese qualitativen Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis schufen Bedingungen, die dem Kampf um die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zum ersten Male die Perspektive des dauerhaften Erfolgs eröffneten.
Die Hauptkräfte des Imperialismus, allen voran die Regierenden der USA, versuchten alles, diesen Prozeß der ständigen Umgruppierung der

internationalen Klassenkräfte zu ihren Ungunsten aufzuhalten und wieder in die historische Initiative zu gelangen. Sie gingen daran, die gewaltigen Ressourcen, über die sie verfügten, neu zu organisieren und zu konzentrieren. Die Strategie der "Eindämmung" hatte ihnen im eigenen Machtbereich die Verdrängung der revolutionären Arbeiterbewegung aus Regierungspositionen und die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung mit Hilfe des Antikommunismus ermöglicht. Auf diese Weise und mit Hilfe der ökonomischen Integration und der militärischen Blockbildung war es gelungen, den Imperialismus in Westeuropa zu stabilisieren. Das antisozialistische Ziel der Politik der "Eindämmung", nämlich die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus in den volksdemokratischen Staaten rückgängig zu machen, konnte indessen nicht erreicht werden. Die in Asien gegen den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung entfesselten Kriege verliefen nicht nach den Plänen ihrer Urheber. Aus diesen Gründen gingen die imperialistischen Mächte zu der noch aggressiveren und noch abenteuerlicheren Strategie des "Zurückrollens" des Sozialismus über, die demagogisch auch Strategie der "Befreiung" genannt wurde: Sie sollte ihnen vor allem in Europa, aber auch in den anderen Regionen der Welt neuen Spielraum schaffen.
Die "roll back"-Strategie verfolgte das Ziel, dem Sozialismus die historische Initiative in den Weltangelegenheiten zu entreißen, dem Sozialismus unter Androhung oder Anwendung von Waffengewalt - das heißt unter bewußter Einkalkulierung eines dritten Weltkrieges - eine entscheidende Niederlage zuzufügen, ihn in den volksdemokratischen Staaten zu liquidieren und den Einfluß der Sowjetunion in der Welt weit zurückzudrängen. Die abenteurlichsten Kräfte träumten von der Vernichtung des Sozialismus in der Sowjetunion selbst und von der Weltherrschaft des USA-Imperialismus.
Die entscheidenden Kräfte des Imperialismus gingen in ihrer Europa-Politik von einer Linie, die vor allem darauf gerichtet war, die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens in der BRD zu verhindern, zu einer Linie über, in der die Revision der Ergebnisse des Krieges und der Nachkriegsentwicklung in den Vordergrund rückte. Diese Linie beschwor akute Gefahr für die friedliche Existenz der Völker herauf. In Europa war das Kernstück dieser Politik der endgültige Bruch des Potsdamer Abkommens - die Remilitarisierung der BRD und ihre Eingliederung in die NATO. Dieses strategische Konzept der imperialistischen Hauptmächte und der herrschenden Kreise der BRD bot Europa eine Perspektive, die man zusammengefaßt so kennzeichnen könnte: Die endgültige Spaltung Deutschlands und die Spaltung Europas in feindliche Militärblöcke sollte erhoffte Vorstufe der Vernichtung des Sozialismus in der DDR und der DDR als selbständiger Staat sein. Der Anschluß der

DDR an die BRD und die Einbeziehung eines auf diese Weise rekapitalisierten und unter imperialistischer Herrschaft zusammengefaßten Deutschland in die NATO sollten Bedingungen in Europa schaffen, unter denen das Aufrollen der jungen sozialistischen Gemeinschaft auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte. Die Urheber dieser Strategie kalkulierten, so eine entscheidende Wende im internationalen Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten erreichen und das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können. Immanenter Bestandteil dieses imperialistischen Konzepts für Europa war ein europäischer und Weltkrieg.[2] Ihn zu führen oder die als sein Ergebnis erträumten Resultate mit der Drohung seiner Auslösung zu erzwingen, sollte die NATO alle Potenzen des westeuropäischen und amerikanischen Imperialismus unter Einschluß der BRD zu einer geballten antisozialistischen Kraft zusammenfassen.[3] Dieses Ziel sollte mit der sogenannten "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" erreicht werden. Aus dieser Konzeption, die auf die Schaffung von Positionen vermeintlicher "Stärke" baute, ergab sich die Ablehnung jeglicher Verhandlungen über eine friedliche Regelung der Probleme Deutschlands und Europas durch die Westmächte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.

Der Sozialismus bot Europa eine prinzipiell andere Perspektive. Die Sowjetunion entwickelte sie im Zusammenhang mit ihrem Friedensvertragsvorschlag vom 10. März 1952. Mit diesem "Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland" leitete die Sowjetunion eine neue Phase des Kampfes um Viermächteverhandlungen zur Verhinderung der Remilitarisierung der BRD mit ihren Folgen für Deutschland und Europa, zur Herstellung eines friedliebenden und demokratischen Deutschland und zur Lösung der Fragen der Sicherheit in Europa ein. In einem zweijährigen diplomatischen Kampf durchkreuzte die Sowjetunion die verhandlungsfeindlichen Positionen der Westmächte und zwang sie an den Verhandlungstisch, ehe mit der "EVG" fertige Tatsachen der "Stärke" geschaffen waren. Verdienst der initiativreichen Außenpolitik der Sowjetunion war es, daß zum Zeitpunkt der Berliner Außenministerkonferenz die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage noch Verhandlungsgegenstand sein konnte. In ihrer Friedenspolitik erhielt die Sowjetunion die zunehmende Unterstützung einer in einigen Ländern wachsenden Bewegung gegen die "EVG", die dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf zustimmte, und solcher Staaten wie Indien und Ceylon, die das Kolonialjoch abgeschüttelt hatten und zur Lösung der Fragen Koreas und zur Beendigung des Krieges in Indochina Großmächteverhandlungen forderten.

In ihrem Entwurf stellte die Sowjetregierung folgende Grundsätze auf: Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands,

Abzug der Streitkräfte der Besatzungsmächte spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages,
Gewährleistung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes,
Bestimmung der deutschen Grenzen entsprechend den Potsdamer Beschlüssen,
Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft ohne irgendwelche Beschränkungen,
Nichtteilnahme an Militärbündnissen, die gegen einen Staat der Antihitlerkoalition gerichtet sind,
Gewährung des Rechts der Aufstellung nationaler Streitkräfte zur Verteidigung des Landes.
Die Sowjetregierung ging bei ihrem Vorschlag davon aus, daß dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben werden muß, über die ökonomische und soziale Struktur des wiedervereinten Deutschland selbst zu entscheiden. Sie drängte auf den beschleunigten Abschluß des Friedensvertrages, weil er das Kernproblem der Hinterlassenschaft des zweiten Weltkrieges - das Problem der Sicherheit für alle europäischen Völker - gelöst hätte, das infolge des Wiederauflebens des Militarismus in der BRD bereits erneut akut geworden war. Die Regierung der UdSSR vertrat die Ansicht, daß der Friedensvertrag unter deutscher Teilnahme ausgearbeitet werden sollte.[4]
"Die DDR, die volksdemokratischen Staaten und die demokratischen Kräfte in zahlreichen kapitalistischen Ländern unterstützten den Vorschlag der UdSSR. Sie sahen in seiner Verwirklichung eine Chance, den Frieden zu festigen und den Imperialismus zurückzudrängen, in der BRD eine antiimperialistische Entwicklung einzuleiten und in absehbarer Zeit die staatliche Spaltung Deutschlands zu überwinden."[5]
Die Sowjetunion wollte den Auftrag von Jalta und Potsdam zu Ende führen und dauerhafte friedliche Verhältnisse im Zentrum des Kontinents schaffen, die Sicherheit aller Nachbarn Deutschlands garantieren, das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in der BRD verhindern und dem deutschen Volk zur staatlichen Einheit auf der Grundlage von Frieden und Demokratie bei voller Souveränität verhelfen. "Die Vorschläge der UdSSR wiesen den Weg zur Sicherung des Friedens in Europa, insbesondere zur Zügelung der aggressiven Kräfte des Imperialismus in der BRD. Sie waren darauf gerichtet, eine Aufrüstung der BRD und deren Eingliederung in die NATO zu verhindern. Das sowjetische Friedensprogramm berücksichtigte auch die noch vorhandenen geringen Möglichkeiten zur demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse."[6]
Um diesen Zielen näherzukommen, hatte die Sowjetunion ihre Politik in der deutschen Frage weiterentwickelt. Die in den ersten Nachkriegsjahren verfolgte Linie der Entmilitarisierung entsprach nicht mehr den

veränderten Bedingungen. Die NATO war als aggressiver Militärpakt der westlichen imperialistischen Mächte entstanden. Deutschland war gespalten worden. Die beiden deutschen Staaten entwickelten sich von Jahr zu Jahr auseinander. In der BRD war der deutsche Imperialismus wiedererstanden, und die Remilitarisierung dieses Staates schritt voran. Die Integration der BRD in das System imperialistischer multilateraler ökonomischer, politischer und militärischer Pakte wurde betrieben. In der DDR dagegen faßte zum ersten Male der Sozialismus auf deutschem Boden Fuß. Der sozialistische deutsche Staat war durch zahlreiche Bande mit den anderen sozialistischen Bruderstaaten verbunden und entwickelte sich als Teil der sich formierenden neuen Gemeinschaft sozialistischer Staaten. Er konnte der Bedrohung durch die Remilitarisierung der BRD nicht tatenlos zuschauen und begann, zu seinem Schutz bewaffnete Polizeiformationen zu bilden.

In dieser Lage stellte die Sowjetregierung die Forderung nach militärischer Neutralität des angestrebten einheitlichen deutschen Staates auf und formulierte sie in ihrem Friedensvertragsentwurf vom März 1952. Die Forderung der militärischen Neutralität entsprach unter den gegebenen Bedingungen den Prinzipien von Potsdam am besten. Sie war verbunden mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Militärische Neutralität bedeutete die Nichtteilnahme an irgendwelchen Militärpakten, die Unzulässigkeit fremder Militärstützpunkte auf deutschem Boden und den Abzug aller ausländischen Truppen. Sie schloß indessen die Unterhaltung begrenzter, für die Verteidigung des Landes erforderlicher deutscher Truppen nicht aus.

Die Politik der militärischen Neutralität für Deutschland war eine mutige, wahrhaft revolutionäre Politik. Sie hatte nichts gemein mit der ihr bisweilen unterstellten Preisgabe des Sozialismus in der DDR, sondern im Gegenteil, sie war geeignet, auch für die BRD Möglichkeiten des sozialen Fortschritts zu eröffnen, indem sie die reaktionärsten, kriegslüsternsten Kräfte des Imperialismus zurückdrängte. Der unvermeidliche Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion auf deutschem Boden um die Herstellung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat und die Entscheidung des deutschen Volkes über seine soziale Zukunft sollte frei vom Druck des Militarismus und des internationalen Imperialismus erfolgen können.

Die Politik der militärischen Neutralität im Zentrum Europas eröffnete unserem Kontinent neue friedliche Perspektiven. Mit ihr verbanden sich Zukunftsvorstellungen von einem Europa, aus dem die politischen und militärischen Spannungen verbannt sind, das keine militärische Konfrontation der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung kennt.

Die militärische Neutralität der BRD und der DDR sowie eines künftigen vereinten Deutschlands hätte die Ausnutzung der gewaltigen ökonomischen Ressourcen, der Menschen, der zentralen und an der Grenze des sozialistischen Weltsystems befindlichen Lage im Dienste der Weltreaktion gegen die sozialistischen Staaten zuverlässig verhindert und sie in einen Aktivposten bei der Gewährleistung des Friedens in Europa verwandelt. Oder anders ausgedrückt: Die Politik der militärischen Neutralität war darauf gerichtet, das Potential der BRD den zum Kriege rüstenden Kräften des Imperialismus, der NATO, zu entziehen, die Entstehung eines Kriegsherdes im Zentrum Europas zu verhindern, die NATO von den Grenzen des Sozialismus fernzuhalten.
Auch für Österreich strebte die Sowjetunion den Status eines militärisch neutralen Staates an. Seit 1953 setzte sie sich beharrlich dafür ein, daß die Fragen Österreichs auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz ebenfalls und mit diesem Ziel verhandelt werden. Europa hätte die Verwirklichung einer Politik der militärischen Neutralität in seinem Zentrum die Entstehung einer breiten militärisch neutralen Zone aus Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung von Finnland und Schweden über die DDR und die BRD bis nach Österreich und der Schweiz und schließlich bis nach Jugoslawien gebracht, d.h. die unmittelbare militärische Konfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus beseitigt und so eine entscheidende Bedingung friedlicher Koexistenz sozialistischer und kapitalistischer Staaten in Europa geschaffen.

Die deutsche Frage auf der Berliner Außenministerkonferenz

Die Berliner Außenministerkonferenz tagte vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954. An ihren Beratungen nahmen Delegationen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter der Leitung der jeweiligen Außenminister V.M. Molotov, John Foster Dulles, Anthony Eden und Georges Bidault teil.
Die von der Sowjetunion seit langem vorgeschlagene Tagesordnung sah folgende Verhandlungspunkte vor:
1. Maßnahmen zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen und die Einberufung einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der Sowjetunion und der Volksrepublik China zur Erörterung der Fragen Koreas und Indochinas.
2. Die deutsche Frage und die Aufgaben der Gewährleistung der europäischen Sicherheit.
3. Der österreichische Staatsvertrag.
Entsprechend ihrer Generallinie der Sicherung des Friedens auf dem ganzen Erdball strebte die Sowjetunion auf der Berliner Außenministerkonferenz generell nach Übereinkünften, die diesem Ziel dienen konnten.

Die Konferenz sollte genutzt werden, die gewisse Entspannung in der Weltlage zu festigen. Zu den Zielen der Sowjetunion gehörte es, sowohl Wege zur Abrüstung zu bahnen als auch die Kriegsherde in Asien dauerhaft zu beseitigen. Weiter sollten die imperialistischen Regierungen zur Anerkennung der Realitäten des entstehenden Sozialismus in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und in der Demokratischen Republik Vietnam veranlaßt werden.[7]
Die Ziele, die die Sowjetunion auf dieser Konferenz hinsichtlich unseres Kontinents verfolgte, hatte sie im Verlaufe des zweijährigen Notenaustausches bereits ausführlich entwickelt: Die Konferenz sollte genutzt werden, der wachsenden Gefahr eines Krieges vorzubeugen und im Sinne der Sicherung des Friedens in Europa und im Weltmaßstab und im Sinne der Gestaltung friedlicher äußerer Bedingungen für den weiteren sozialistischen Aufbau zu wirken. Die Konferenz sollte im Kampf gegen die von den Westmächten betriebene Spaltung Europas in einander feindliche Militärblöcke, die auch die Vertiefung der Spaltung Deutschlands bedingte, genutzt werden. Sie sollte dem Kampf gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus dienen, die Ausweitung der imperialistischen Blockbildung durch Einbeziehung der BRD in die NATO verhindern, die noch bestehenden Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens ausschöpfen und helfen, dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland näherzukommen.
In der Frage der Anerkennung der seit dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Realitäten durch die imperialistischen Mächte sollten Fortschritte erreicht und dabei insbesondere die Existenz des sozialistischen deutschen Staates, der DDR, zur Geltung gebracht werden. Diese Zielstellung schloß die Aufgabe ein, jegliche dem Maximalziel der Westmächte entsprechenden Anschläge auf die DDR abzuwehren und im Geiste des sozialistischen Internationalismus die Positionen des Sozialismus in der DDR und die Einheit der jungen Gemeinschaft sozialistischer Staaten zu verteidigen und zu festigen. Die Sowjetunion wollte die Konferenz nutzen, um vor den Völkern Europas und vor der Weltöffentlichkeit die Alternative zur imperialistischen Europa-Politik umfassend darzulegen, konstruktive, realistische Vorstellungen für die Lösung der Hauptprobleme Europas, der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der deutschen Frage und der noch ungelösten Probleme in bezug auf Österreich zu entwickeln. Das bedeutete, dem Kampf aller interessierten Kräfte für Frieden und Sicherheit ein Programm zu geben. Es schloß ein, die aggressiven Pläne des Imperialismus zu enthüllen, um auch auf diese Weise ihrer Verwirklichung entgegenzuwirken. Dementsprechend erteilte die Regierung der UdSSR ihrer nach Berlin entsandten Delegation den Auftrag zu erreichen, daß die Konferenz

"die aggressiven Bestrebungen des imperialistischen Lagers zügelt und damit den Interessen der Festigung des Friedens entspricht".[8]
Die Westmächte planten dagegen, nun die Verhandlungen im Sinne ihrer globalen "roll-back"-Strategie zu nutzen, da ihre Absicht, Verhandlungen vor der Bildung der "EVG" auszuschließen, durchkreuzt worden war. Sie kombinierten den erpresserischen Druck der Politik der "Stärke" mit den Verlockungen angeblicher Sicherheitsgarantien und der auf die Verwirrung der Volksmassen berechneten Demagogie um angeblich freie Wahlen in Deutschland. Der Konferenz war bei dem Versuch, eine weitere Entspannung der Weltlage zu verhindern, ein wichtiger Platz zugedacht. Deshalb wollten die Westmächte auf der Konferenz einer Erörterung über eine allgemeine Verbesserung der internationalen Beziehungen aus dem Wege gehen. Was Europa anging, so war der Kernpunkt des westlichen Konzepts das unbedingte Festhalten an der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft", obwohl ihre Bildung wegen des Volkswiderstandes schon in ernste Schwierigkeiten geraten war. Im Gepäck der drei westlichen Außenminister befanden sich also keinerlei konstruktive Vorschläge zur Lösung der europäischen Probleme.
Die Sowjetunion "vertrat die Auffassung, daß die Aufnahme der Arbeit an dem Friedensvertragsentwurf dazu beitragen würde, beide deutsche Staaten einander anzunähern, die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen zu überwinden und die die deutschen Angelegenheiten betreffenden Fragen einschließlich der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu lösen. In diesem Sinne unterbreitete die sowjetische Delegation am 1. Februar 1954 einen ergänzten Entwurf der Grundlagen für einen Friedensvertrag sowie einen Entwurf 'über die Vorbereitung des Friedensvertrags mit Deutschland und die Einberufung einer Friedenskonferenz für den deutschen Friedensvertrag'."[9]
Die Ergänzungen ergaben sich aus der Unterzeichnung der Abkommen über die "EVG". Der Entwurf sah unverändert die Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat vor.
Besonders in den Leitsätzen 2, 7 und 8 schlug sich die Idee der militärischen Neutralität nieder. Die Besatzungstruppen sollten spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrags vom deutschen Territorium abgezogen und alle ausländischen Militärstützpunkte beseitigt werden. Deutschland sollte sich verpflichten, sich keinerlei Koalitionen oder Militärbündnissen gegen irgendeinen Staat anzuschließen, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hatte. Als Alternative zur "EVG" war vorgesehen, Deutschland keinerlei Verpflichtungen politischen und militärischen Charakters aus Verträgen oder

Abkommen aufzuerlegen, die von den Regierungen der BRD und der DDR vor Abschluß des Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands abgeschlossen worden waren.
Die wirtschaftlichen Leitsätze gestatteten nach wie vor eine unbeschränkte Entwicklung der Friedenswirtschaft. In den militärischen Leitsätzen sah die Sowjetregierung wie auch schon 1952 die Bildung nationaler Streitkräfte in solchem Rahmen vor, wie sie zur Verteidigung des Landes notwendig wären.[10]
Dieser Friedensvertragsentwurf fand überall in der DDR, in der BRD und in vielen anderen Ländern die Zustimmung der friedliebenden Kräfte. Er entsprach den friedlichen Interessen aller Völker, das deutsche eingeschlossen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, von den Westmächten der Möglichkeit beraubt, vor der Außenministerkonferenz ihren Standpunkt darzulegen, entwickelte in dem der Konferenz übermittelten Memorandum ihre Auffassungen zum Inhalt des Friedensvertrags, die in allen wesentlichen Punkten mit denen der Sowjetunion übereinstimmten.[11]
Die Außenminister der Westmächte indessen wandten sich schroff gegen das sowjetische Projekt. Sie lehnten den Gedanken der militärischen Neutralität ab und beharrten auf der Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, auf der "EVG". Sie, die die BRD und mit ihrer Hilfe ganz Deutschland in der "EVG" als militärischen Stoßkeil gegen die sozialistischen Staaten ausbauen, aber zugleich auch unter Kontrolle halten wollten, spielten sich als die Hüter der außenpolitischen Handlungsfreiheit der künftigen deutschen Regierung auf. Mit "Freiheit" meinten sie die des Beitritts zur "EVG".[12] Die Westmächte legten keinen eigenen Entwurf eines Friedensvertrages vor. Sie stellten dem sowjetischen Vorschlag den sogenannten Eden-Plan gegenüber. Dieser Plan setzte die von den Westmächten nach der Spaltung Deutschlands betriebene Linie fort, mit den Mitteln manipulierter Wahlen die DDR zu rekapitalisieren und - der BRD einverleibt - in einen Hort der Aggression gegen die sozialistischen Nachbarn zu verwandeln. Vor der Spaltung, als demokratische Wahlen frei vom Druck großer imperialistischer Monopole und reaktionärer Machtorgane in den Westzonen noch möglich waren und ihre Ergebnisse sich direkt gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus kehren konnten, waren die Westmächte stets als Gegner gesamtdeutscher Wahlen aufgetreten und hatten alle entsprechenden Vorschläge der Sowjetunion abgelehnt.[13]
Die Autoren des Eden-Plans hatten dessen reaktionäres, friedensgefährdendes, aggressives Wesen hinter wohlklingenden Formulierungen und einem formalen Konstitutionalismus versteckt. Der Plan enthielt

fünf aufeinanderfolgende Stadien, die auf ein langes Hinauszögern des Friedensvertrages berechnet waren. Als dessen entscheidender Punkt ist das erste Stadium, die sogenannten freien Wahlen, anzusehen. Er war so angelegt, daß den reaktionären imperialistischen Kräften ein Übergewicht zugespielt werden konnte. Schon das Wahlgesetz sollte unter Ausschaltung deutscher Mitwirkung, d.h. der Mitwirkung demokratischer Kräfte, allein von den Besatzungsmächten ausgearbeitet und verkündet werden. Die Wahlen sollten unter dem Druck des Besatzungsregimes stattfinden. Der Abschnitt "Garantien für freie Wahlen" enthielt solche normalen Bestimmungen wie Geheimnis der Stimmabgabe, Sicherheit der Wahllokale, Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Immunität der Kandidaten. Gleichzeitig aber sah er keinerlei Schutz der Wahlen vor ihrer Manipulierung durch die übermächtigen Monopole vor. Er beinhaltete keinerlei Maßnahmen gegen faschistische und militärische Organisationen, sondern bestimmte ausdrücklich "Freiheit der Meinungsäußerung für alle".[14]

Besondere Beachtung verdient der Abschnitt über die sogenannte Wahlaufsicht. Diese sollte von einer Kommission "aus Vertretern der Vier Mächte mit oder ohne Teilnahme Neutraler" ausgeübt werden. "Die Kommission sollte auf Ausschußbasis arbeiten. Sie sollte mit Stimmenmehrheit entscheiden."[15] Das bedeutete aber nichts anderes, als daß die Stimmenmehrheit der drei Westmächte nicht nur in der BRD, sondern auch in der DDR Eingriffe in die Wahlen im Dienste des Imperialismus, der Politik der Einbeziehung ganz Deutschlands in die NATO und gegen die sozialistische Ordnung in der DDR ermöglichen und noch mit einem Schein der Legalität versehen sollte.

Aber damit noch nicht genug. Für den Fall, daß aus den Wahlen doch ein Parlament hervorginge, das im Sinne des Friedens und der Demokratie, gegen den Militarismus und gegen die "EVG" entschiede, hatten die Verfasser noch eine Falle eingebaut. In den Ausführungen über das vierte Stadium hieß es: "Für Beschlüsse der Nationalversammlung und der gesamtdeutschen Regierung bei der Ausführung dieses Planes wird die Genehmigung der Vier Mächte nicht erforderlich sein. Solche Beschlüsse dürfen nicht abgelehnt werden ..." Diese Bestimmung erscheint normal - aber sie hat einen Nachsatz: "..., es sei denn durch Stimmenmehrheit der Vier Mächte."[16] Die Westmächte wollten sich also noch nach der Wiedervereinigung alle Möglichkeiten sichern, die Sowjetunion zu majorisieren und sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen.

Hinter dem formal-demokratischen Schleier des Eden-Plans verbarg sich also das strategische Ziel der imperialistischen Mächte, den Sozialismus in der DDR zu liquidieren und ganz Deutschland zum In-

strument der Politik des Zurückrollens des Sozialismus in Europa zu machen.
Während der gesamten Konferenz betonten die sowjetischen Vertreter gegen alle westlichen Versuche, andere Fragen in den Mittelpunkt zu rücken, immer wieder die Hauptsache und vertraten den Standpunkt, "daß die Aufgabe, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, vor allem mit der Nichtzulassung eines Wiedererstehens des deutschen Militarismus verbunden ist".[17] Dazu waren sie zu allen der Sache dienlichen Kompromissen bereit und wurden nicht müde, immer wieder entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Aber da die Westmächte in Übereinstimmung mit den regierenden Kreisen der BRD gerade in der Hauptsache - in der Frage des Wiedererstehens des deutschen Militarismus und seiner Ausnutzung zum Kampf gegen den Sozialismus in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten - auf entgegengesetzten Standpunkten standen, und da sie es demzufolge ablehnten, die Legitimität der DDR überhaupt anzuerkennen, war eine Übereinkunft unmöglich.
Dem Wirken der Sowjetunion war es zu danken, daß alle Anschläge auf die DDR vereitelt wurden. In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer am 24. Februar 1954 resümierte Otto Grotewohl dieses bedeutende Ergebnis der Konferenz und stellte fest, "alle diejenigen, die darauf spekulieren, die Sowjetunion sähe in der Deutschen Demokratischen Republik nur ein Schacherobjekt, das sie im geeigneten Augenblick opfern werde, sehen sich nach dem Abschluß dieser Viererkonferenz nun gründlich eines anderen und eines Besseren belehrt".[18] Für die imperialistischen Regierungen hieß das, Illusionen darüber zu begraben, sie könnten mit der Sowjetunion über das Schicksal eines sozialistischen Bruderstaates handeln. Sowohl Dulles als auch Adenauer bestätigen, daß den Versuchen, die sowjetische Delegation in dieser Richtung abzutasten, auf der Konferenz eine eindeutige Antwort erteilt worden ist.[19]
Die Verhandlungen auf der Berliner Außenministerkonferenz über die deutsche Frage bewiesen, "daß die deutschen Angelegenheiten nur auf dem Wege von Verhandlungen geregelt werden konnten und daß die Politik der Stärke und der Erpressung weder gegenüber der UdSSR noch gegenüber der DDR anwendbar war".[20]

Die Grundsätze eines gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit

Der Verlauf der Berliner Außenministerkonferenz hatte den Beweis erbracht, daß sich die Bedingungen für die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse zunehmend verschlechterten. Die Entwicklung der DDR und der BRD in

grundsätzlich entgegengesetzter Richtung hielt nicht nur an, sondern es entstand die akute Gefahr, daß mit der Bindung der BRD an die NATO die Spaltung Deutschlands besiegelt würde. Die Entstehung eines neuen Kriegsherdes in der BRD zeichnete sich bereits ab.
In dieser Lage begann sich in gewisser Weise das Verhältnis von deutscher Frage und europäischer Sicherheit zu ändern. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre wäre es möglich gewesen, die Sicherheit der Völker und Staaten Europas vor allem durch die Regelung der deutschen Frage in Gestalt der Herstellung eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Staates zu erreichen. Dabei war die Lösung der deutschen Frage in erster Linie Sache der Siegermächte - und dann natürlich der Deutschen in der DDR und in der BRD.
Nun aber, da drei der Teilnehmer des Potsdamer Abkommens und die Regierung der Bundesrepublik mit der Remilitarisierung der BRD und ihrer Integration in die NATO vollendete Tatsachen zu schaffen begannen, entstand unmittelbare Gefahr für die Sicherheit der Staaten Europas. Die imperialistischen Teilnehmer der Antihitlerkoalition wollten ihr Bündnis mit dem Aggressor von gestern, mit dem in der BRD restaurierten Imperialismus und Militarismus bis zu einer gemeinsamen, gegen Sozialismus und Frieden gerichteten Militärkoalition treiben. Nun konnte die Sicherung des Friedens in Europa nur gewährleistet werden, wenn alle am Frieden interessierten Kräfte sich um ein gemeinsames Programm der Sicherheit zusammenschlossen, um ein Übergewicht über die zum Kriege treibenden mächtigen Kräfte zu erlangen und die potentiellen Aggressoren in die Schranken zu weisen. Dazu konnten und mußten alle Staaten und jegliche gesellschaftlichen Kräfte, die am Frieden interessiert waren, ihren Beitrag leisten. Die europäische Sicherheit konnte nun zu einer begünstigenden Bedingung dafür werden, die deutsche Frage doch noch auf der Grundlage der Prinzipien von Potsdam zu lösen.
Die beiden deutschen Staaten konnten nicht mehr "ohne weiteres" zu einem Ganzen zusammengefügt werden. Es mußten erst Bedingungen durch die Deutschen selbst geschaffen, vor allem der Militarismus in der BRD zurückgedrängt werden, ehe die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden, demokratischen Staat möglich werden konnte. Die Schaffung von Voraussetzungen einer Wiedervereinigung wurde damit vor allem eine Angelegenheit der Deutschen. Die progressiven Kräfte hatten sich dabei auf lange Fristen des Nebeneinanderbestehens zweier gegensätzlicher deutscher Staaten einzustellen. Als neue Aufgabe erschienen die Probleme der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und der Annäherung der beiden deutschen Staaten auf der Tagesordnung der Geschichte. "Normalisierung" bedeutete die Anwendung des Völkerrechts und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwi-

schen den beiden deutschen Staaten und forderte von der BRD sowie den Westmächten den Verzicht auf illusionäre, dem Völkerrecht widersprechende außenpolitische, aggressive Ziele. "Annäherung" beinhaltete mehr: Sie betraf die Zurückdrängung des Militarismus in der BRD. Es ging um die Herrschaft der am meisten reaktionären und aggressiven Kräfte des Monopolkapitals, die die sozialökonomischen und politischen Wurzeln des Militarismus bedeutete und deren Vernichtung das Potsdamer Abkommen bestimmt hatte. Bedingungen für die Annäherung in der BRD zu schaffen, erforderte nach den damaligen Erkenntnissen einen langwierigen Prozeß des Klassenkampfes. Inzwischen hat die Geschichte diese Frage gegenstandslos gemacht.

Es ist das historische Verdienst der Sowjetunion, das Heranreifen der neuen Lage nicht nur rechtzeitig erkannt, sondern auch die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen zu haben. Am 10. Februar 1954 schritt die Regierung der UdSSR zu einer historischen Initiative: ihre Delegation unterbreitete den Entwurf der Hauptprinzipien eines "Gesamteuropäischen Vertrags über die kollektive Sicherheit in Europa". Die Geschichte der seitdem verflossenen zweieinhalb Jahrzehnte hat die Richtigkeit, den Realismus und die Weitsicht der Generalorientierung der Sicherheitspolitik der Sowjetunion in Europa bewiesen. Wohl haben die Grundsätze von 1954 manche Präzisierung erfahren; die der damaligen Situation entsprechende Form, in der ihre Durchsetzung vorgeschlagen wurde, mußte neuen Bedingungen der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus angepaßt werden. Der Katalog der Prinzipien ist seither weiter vervollkommnet worden. Manche in dem sowjetischen Vorschlag von 1954 in der Präambel formulierten oder in die vorgeschlagenen Prinzipien eingebetteten Grundsätze des in der UN-Charta niedergelegten Völkerrechts sind in der von der Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages von 1966 eingeleiteten neuen Etappe des Kampfes um die europäische Sicherheit weiter ausgearbeitet und als selbständige Prinzipien formuliert worden. In der Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind sie im Ergebnis der Erfahrungen aus einer zwanzigjährigen internationalen Diskussion und aus zwei Jahrzehnten internationalen Klassenkampfes in Gestalt der zehn Prinzipien der Schlußakte der KSZE als eigenständige Größen aufgenommen und detailliert ausgearbeitet worden. Zwanzig Jahre Kampf um die europäische Sicherheit haben zu einer Weiterentwicklung der 1954 von der Sowjetunion ausgearbeiteten Grundsätze geführt. Dabei konnte aber die ihnen zugrundeliegende Richtung unverändert beibehalten werden. Nie ist die Sowjetunion in die Lage geraten, die auf der Berliner Außenministerkonferenz aufgestellten Grundsätze der europäischen Sicherheit revidieren zu müssen. Sie haben die Prüfungen der

Geschichte bestanden, sind in das Aktionsprogramm der Völker Europas für die friedliche Koexistenz auf unserem Kontinent eingegangen und spiegeln sich im Abschlußdokument der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit vom 1. August 1975 wider.
Der Kampf um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa bedeutete keineswegs, daß die Sowjetunion beabsichtigte, der Lösung der deutschen Frage künftig weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Das wurde von Anfang an klargestellt, waren doch zu dieser Zeit europäische Sicherheit und deutsche Frage noch ganz unmittelbar verbunden. Die Vorschläge der Sowjetdelegation enthielten ausdrücklich eine entsprechende Verpflichtung über die Fortsetzung der Bemühungen in dieser Richtung.[21]
Das von der Sowjetunion der Konferenz vorgelegte Dokument bestand aus den Entwürfen einer Viermächteerklärung "Über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa" und der Grundsätze des Vertrages. In der gemeinsamen Erklärung wurden die Bemühungen um die europäische Sicherheit auf die Basis des Potsdamer Abkommens gestellt; und die vier Mächte sollten sich verpflichten, sich weiter um die Lösung der deutschen Frage zu bemühen. Ihre Besatzungstruppen sollten sie innerhalb von 6 Monaten - mit Ausnahme beschränkter Kontingente für Überwachungsfunktionen - von den Territorien der DDR und der BRD abziehen, die Stärke von Polizeieinheiten in der DDR und der BRD vereinbaren und überwachen. Schließlich sollten sie in Übereinstimmung mit diesen auf die militärische Neutralisierung Deutschlands gerichteten Bestimmungen einen Vertrag über kollektive Sicherheit abschließen.
Der Vertragsentwurf selbst ging im Gegensatz zu den Bonner und Pariser Verträgen davon aus, daß seine Verwirklichung der "Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit" und der "Verhütung einer Aggression gegen irgendeinen Staat in Europa", der "Festigung der internationalen Zusammenarbeit im Einklang mit den Prinzipien der Respektierung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten wie auch der Nichteinmischung in deren innere Angelgenheiten" dienen sollte. Die "Bildung von Gruppierungen der einen europäischen Staaten gegen die anderen europäischen Staaten" sollte verhindert werden.[22]
Der erste Grundsatz formulierte die Anwendung des völkerrechtlichen Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten. Wie die Geschichte gezeigt hat, gibt es ohne Anerkennung dieses Prinzips keine Aussicht auf erfolgversprechende Verhandlungen über die Sicherheit in Europa. Der Grundsatz beruhte auf der Erkenntnis, daß zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ausnahmslos alle europäischen Staaten beizutragen haben, daß sie nur bei kollektiven Anstrengungen aller Staaten möglich ist und daß kein Staat davon ausgeschlossen werden darf. Deshalb lud der Entwurf grundsätzlich alle europäischen Staaten zum Beitritt ein:

"Vertragsteilnehmer können, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, alle europäischen Staaten sein, die die im Vertrag vorgesehenen Ziele anerkennen und die daraus erwachsenden Verpflichtungen übernehmen."[23] Die Sowjetunion beachtete die in Europa entstandenen Realitäten und schlug vor, bis zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates sollten sowohl die DDR als auch die BRD am Vertrag teilnehmen. Bei der Formulierung dieses Grundsatzes berücksichtigten die Staatsmänner der Sowjetunion die historischen Erfahrungen mit der imperialistischen Politik der "Teilung des Friedens", die immer darauf berechnet war, den Weg zum Krieg zu bahnen.
Auch den "Sicherheitsgarantien" gegenüber der Sowjetunion, von denen Churchill in seiner Unterhausrede vom 11. Mai 1953 gesprochen hatte - und über die sich die westlichen Außenminister auf der Berliner Konferenz ausließen -, lag die Absicht zugrunde, die sozialistischen Staaten untereinander und vor allem die DDR von der Sowjetunion zu isolieren. Man versprach sie zu gewähren, nachdem der Sozialismus aus der DDR "zurückgerollt" wäre. Dem begegnete der Grundsatz der Teilnahme aller europäischen Staaten zu gleichen Bedingungen.
Auf diesem Grundsatz hat die Sowjetunion stets bestanden. Sie hat es nur dann für möglich gehalten, auf die Frage eines kleineren Teilnehmerkreises einzugehen, wenn es sich um Vorschläge für Maßnahmen handelte, die den Weg zu einem System der kollektiven Sicherheit in Europa zu bahnen geeignet waren.
In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der gleichberechtigten Teilnahme aller betroffenen Staaten unterbreitete die Sowjetunion im Entwurf der Viermächteerklärung zum erstenmal in der Geschichte den Vorschlag, alle europäischen Staaten zur Beratung des Vertrages über kollektive Sicherheit einzuladen und eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen.[24]
Einen besonderen Platz beansprucht der Grundsatz des Gewaltverzichts und der friedlichen Streitbeilegung. Im sowjetischen Entwurf war er in der Bestimmung niedergelegt: "Die Vertragspartner übernehmen die Verpflichtung, sich jeglichen Überfalls aufeinander zu enthalten, sich ferner in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung oder - anwendung zu enthalten und alle Streitigkeiten, die zwischen ihnen entstehen können, im Einklang mit der UN-Satzung mit friedlichen Mitteln so beizulegen, daß der internationale Frieden und die Sicherheit in Europa nicht gefährdet werden."[25] Unter den Prinzipien der europäischen Sicherheit nimmt der Grundsatz des Gewaltverzichts - verbunden mit dem in den sechziger Jahren als selbständiges Prinzip formulierten Grundsatz der Unverletzlichkeit der in Europa bestehenden Grenzen - eine Schlüsselstellung ein. In ihm - und in dem Prinzip der

Unverletzlichkeit der Grenzen - findet die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten entgegengesetzter Gesellschaftsordnung ihren allgemeinsten und umfassendsten Ausdruck. Während andere inhaltliche Grundsätze unter konkreten Umständen wesentlich modifiziert werden können oder ihre Verwirklichung zeitweilig zurückbleiben kann, ist der Grundsatz des Gewaltverzichts obligatorisch.[26]

Der folgende Grundsatz betonte die Pflicht des kollektiven Zusammenwirkens der europäischen Staaten bei der Wahrung der Sicherheit und der Überwindung von Gefahren, die diese bedrohen. Die Fragen des Friedens und friedlicher Zusammenarbeit berühren die Interessen aller europäischen Staaten, und ihre Lösung erfordert ihr umfassendes Zusammenwirken. Die Zahl der Fragen, die sich aus dem Nebeneinanderexistieren von über dreißig Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf unserem Kontinent ergeben und deren Lösung ohne Mitwirkung aller nicht zu erreichen ist, nimmt ständig zu. Deshalb entspricht der Grundsatz des kollektiven Zusammenwirkens den Interessen aller europäischen Staaten und ergibt sich aus dem Sinn des vorgeschlagenen Vertrags.

Zu seiner Verwirklichung regte die Sowjetunion "periodische und nötigenfalls besondere Konferenzen" der europäischen Staaten und die "Bildung eines ständigen politischen Konsultativausschusses" und eines "militärischen Konsultativorgans" an. Die USA und die Volksrepublik China sollten entsprechend ihrer hohen Verantwortung, die sie als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (die Volksrepublik China wurde damals durch eine von den imperialistischen Mächten manipulierte Mehrheit in der UNO des Rechts beraubt, den ihr zustehenden Platz im Sicherheitsrat einzunehmen) für die Erhaltung des Friedens trugen, als Beobachter zur Teilnahme an der Arbeit der ständigen Organe eingeladen werden.[27]

Der Vorschlag, zur Förderung der Zusammenarbeit der beteiligten Staaten ständige Gremien zu schaffen, war Ausdruck des Strebens der Sowjetunion, dem einzuleitenden Entspannungsprozeß in Europa höchstmögliche Stabilität und Kontinuität zu verleihen.

Die Westmächte haben den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Beobachterstatus für die USA als einen der Vorwände benutzt, das ganze Projekt eines Vertrages über die kollektive Sicherheit zu verleumden und abzulehnen. Daraufhin hat die Sowjetunion unter Berücksichtigung des tatsächlichen Einflusses der USA auf die Angelegenheiten Europas und um den Gegnern der europäischen Sicherheit keine Möglichkeit zu lassen, ihre wahren Ziele hinter Vorwänden zu verbergen, einer Teilnahme der USA als direkter Vertragspartner an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa zugestimmt. Obwohl die Sowjetunion noch einige Zeit

den Vorschlag, der Volksrepublik China einen Beobachterstatus einzuräumen, aufrechterhalten hat, verlor dieser Vorschlag mit der veränderten Stellung der USA an Bedeutung. Er ist später nicht mehr unterbreitet worden, zumal sich die Westmächte, besonders die USA, strikt weigerten, mit der Volksrepublik China über europäische Fragen zu verhandeln. Sie konnten damals nicht wissen, daß sich die maoistische Führung später - nach der Abkehr vom Marxismus-Leninismus und der gemeinsamen Generallinie der kommunistischen und Arbeiterparteien - für die Stärkung der NATO aussprechen und scharf gegen die europäische Sicherheit wenden würde.

Dem militärischen Beistand der europäischen Staaten gegen eine Aggression war ein weiterer Grundsatz des sowjetischen Vertragsprojektes gewidmet. Eine charakteristische Besonderheit bestand darin, daß die Sicherheit eines jeden Teilnehmerstaates kollektiv verteidigt werden sollte. "Ein bewaffneter Überfall in Europa auf einen oder mehrere Vertragspartner, verübt von irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe, wird als Überfall auf alle Vertragspartner betrachtet werden."[28] Es war vorgesehen, dem oder den Überfallenen mit allen Mitteln einschließlich Waffengewalt Hilfe zu leisten.

Die Formulierung dieses Grundsatzes ergab sich aus der konkreten Situation des Heranreifens einer akuten Gefährdung des Friedens infolge der Remilitarisierung der BRD und ihrer beabsichtigten Eingliederung in die NATO. Der militärische Schutz der Sicherheit indessen ist eine fortwährende Aufgabe, die solange besteht, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung - ein erklärtes Ziel der sowjetischen Außenpolitik von Anfang an - durchgesetzt ist. Für die sozialistischen Staaten gewährleistet diese Aufgabe der reichlich ein Jahr nach der Berliner Außenministerkonferenz abgeschlossene Warschauer Vertrag.

Schließlich bestimmte der von der Sowjetunion der Berliner Außenministerkonferenz vorgelegte Vertragsentwurf - mit besonderer Richtung gegen die "EVG" - den Grundsatz, "sich an keinerlei Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keinerlei Abkommen zu schließen, deren Ziele denen des Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa widersprechen."[29]

Der sowjetische Entwurf der Prinzipien der europäischen Sicherheit setzte der verwirrenden Vielfalt von (Bonner) Generalvertrag, (Pariser) EVG-Vertrag und Zusatzprotokollen, die darauf berechnet war, das aggressive Wesen des Vertragskomplexes zu verbergen, seine klaren, jedem verständlichen Grundsätze entgegen. Er erstrebte die vereinten Anstrengungen aller europäischen Staaten zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit bei Anerkennung der Tatsache, daß in Europa Staaten des Sozialismus und des Kapitalismus nebeneinander bestehen. Der sowjetische Plan der europäischen Sicherheit war das konkrete Programm